



STADT MÖNCHENGLADBACH DER OBERBÜRGERMEISTER

Niederschrift ASB/004/X

über die Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 05.05.2021

Mönchengladbach, 09.06.2021

Sitzungsnummer: ASB/004/X

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 20:15 Uhr

Sitzungsort: Mehrzweckhalle Eicken, Mehrzweckhalle Eicken, Eickener Straße 165, 41061 Mönchengladbach

Anwesende:

Vorsitz

Bürgermeisterin Petra Heinen-Dauber

Mitglied

Ratsfrau Heike Adolphs
Frau Sina Behrend
Ratsfrau Corina Bülow
Herr Tobias Delbeck
Ratsherr Christoph Dohmen
Herr Ralf Hennekes
Ratsherr Markus Heynckes
Herr Sebastian Merkens
Ratsherr Michael Roth
Herr Gerd Schaeben
Ratsherr Reinhold Schiffers
Ratsfrau Ursula Schmitz
Ratsfrau Monika Schuster
Ratsherr Markus Spinnen
Herr Michael Weigand

Stellvertretung

Frau Sieglinde Dickhöfer
Ratsfrau Anita Hoffmann
Frau Anita Parker

beratendes Mitglied

Frau Assia Aakroti
Frau Birgit Battenstein

Frau Anne Embser
Frau Barbara Junker
Herr Martin Laßeur
Herr Thorsten Liebert
Frau Carolin Mühlen
Herr Werner Müller
Frau Ariane Nübel-Can
Herr Rainer Pleißner

Nicht-Anwesende:

Mitglied

Ratsfrau Marion Manske
Ratsfrau Nicole Wilms
Ratsfrau Lena Zingsheim-Zobel

Schritfführung

Frau Firdas Ziani

Verwaltung

Herr Dr. Gert Fischer
Herr Bernd Klauth
Herr Harald Weuthen

Tagesordnung

I. Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Niederschrift über die 3. Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung vom 10.03.2021 - öffentlicher Teil -
2. Bericht über die Auswirkungen der Corona-Pandemie
Vorlage: 0614/X

Berichterstattung: Beigeordneter Dr. Gert Fischer
3. Digitalisierung an Schulen;
Sachstandsbericht
Vorlage: 0615/X

Berichterstattung: Beigeordneter Dr. Gert Fischer
4. Anmeldeergebnisse der weiterführenden Schulen für das Schuljahr 2021/2022
Vorlage: 0612/X

Berichterstattung: Beigeordneter Dr. Gert Fischer
5. Dauerhafte Erweiterung Realschule Geschwister-Scholl auf drei Züge
Vorlage: 0699/X

Berichterstattung: Beigeordneter Dr. Gert Fischer
6. Errichtung des Bildungsganges "Fachklasse des dualen Systems der Berufsausbildung Elektroniker*in für Gebäudesystemintegration" am Berufskolleg Platz der Republik für Technik und Medien
Vorlage: 0611/X

Berichterstattung: Beigeordneter Dr. Gert Fischer
7. Schulentwicklungsplanung;
hier Fraktionsantrag von SPD, Bündnis90/Die Grünen und FDP vom 23.04.2021
Vorlage: 0696/X

Berichterstattung: Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP
8. Anfragen und Mitteilungen

II. Nichtöffentliche Tagesordnungspunkte

9. Niederschrift über die 3. Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung vom 10.03.2021 - nicht öffentlicher Teil -
10. Besetzung der Stelle der Schulleitung am Hugo-Junkers-Gymnasium in Mönchengladbach
Vorlage: 0613/X

Berichterstattung: Beigeordneter Dr. Gert Fischer
11. Eignungs- und Wertungskriterien zum offenen Verfahren "Lieferung von multifunktionalem Mobiliar an städtische Grundschulen und Schulzentren"

Hier: Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung vom 09.04.2021
Vorlage: 0634/X

Berichterstattung: Beigeordneter Dr. Gert Fischer

12. Eignungs- und Wertungskriterien zum offenen Verfahren "Lieferung und Installation von aktiven WLAN-Komponenten an alle Schulen im Stadtgebiet"
Vorlage: 0636/X

Berichterstattung: Beigeordneter Dr. Gert Fischer

13. Eignungs- und Wertungskriterien zum offenen Verfahren " Lieferung und Installation von Displays in verschiedenen Schulen im Stadtgebiet"
Vorlage: 0658/X

Berichterstattung: Beigeordneter Dr. Gert Fischer

14. Anfragen und Mitteilungen

Protokollierung:

Öffentlicher Teil

Die Ausschussvorsitzende, Bürgermeisterin Petra Heinen-Dauber, eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Rh Schiffers bedauert, dass es nicht möglich war die Sitzung im Pairing-Verfahren durchzuführen. Rh Spinnen entgegnet, dass aufgrund der zur Verfügung stehenden Testmöglichkeiten und den aktuellen Gegebenheiten eine Sitzung mit allen Ausschussmitgliedern möglich sei.

Die Ausschussvorsitzende erklärt sich zu TOP 5 als befangen.

1. Niederschrift über die 3. Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung vom 10.03.2021 - öffentlicher Teil -

Abstimmungsergebnis: Es liegen keine Wortmeldungen vor.

2. Bericht über die Auswirkungen der Corona-Pandemie

Beigeordneter Dr. Fischer beschreibt die Vorgaben, unter denen der Schulunterricht zurzeit stattfindet. Hinsichtlich der technischen Unterstützung des Wechselunterrichts durch Digitalisierungsmaßnahmen verweist er auf den Tagesordnungspunkt 3. Er erläutert die Bedeutung der „Bundes-Notbremse“ und der hier festgelegten Inzidenzzahl 165. Zurzeit sieht es allerdings nicht so aus, als würde diese Marke in Mönchengladbach kurzfristig erreicht. Er berichtet über die nach wie vor relativ unauffälligen Infektionszahlen von Kindern und Jugendlichen im schulpflichtigen Alter, stellt eine Auswertung der seit dem 12. April stattfindenden flächendeckenden Selbsttests in den Schulen vor (bei mehr als 40.000 Tests pro Woche weniger als ein Promille positive Ergebnisse) und erläutert das Vorhaben des Landes der ab dem 10. Mai für alle Grundschulen und Vorderschulen vorgesehenen „Lolli-Tests“. Die dafür nötige umfangreiche Logistik (detaillierte Routenplanungen) ist durch das Land vorgegeben. Die Kommunen sind gebeten, die Aufgabe zu übernehmen und den Transport der abgenommenen Tests nach den Vorgaben des Landes in die Labore zu organisieren. Die Stadt Mönchengladbach wird sich dieser Aufgabe stellen. Es ist davon auszugehen, dass die anfallenden Kosten durch das Land übernommen werden. Abschließend erläutert Beigeordneter Dr. Fischer den Sachstand hinsichtlich der Impfung von Lehrpersonal.

Wortmeldungen erfolgen durch Rf Schmitz und Rh Spinnen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Bildung nimmt den mündlichen Bericht über die Auswirkungen der Corona-Pandemie zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

3. Digitalisierung an Schulen; Sachstandsbericht

Herr Weuthen informiert die Ausschussmitgliedern, dass ab sofort auf der Internetseite www.stadt.mg/schuledigital der Sachstand über die Digitalisierung an Schulen jederzeit abrufbar ist.

Wortmeldungen erfolgen durch Rh Dohmen, Rh Schiffers, Rh Spinnen, sB'in Behrend, sB Merkens, Frau Mühlen, Beigeordneter Dr. Fischer und Herrn König.

Die Nachfragen beziehen sich auf die Wahl der Präsentationstechnik an Schulen, die in Abstimmung mit den Medienberatern des Landes beschafft wurden. Dass BYOD (Bring your own device) - Konzepte und der Bandbreitenbedarf an Schulen im aktuellen Medienentwicklungsplan nicht ausreichend Berücksichtigung finden. Die Verwaltung wird im Rahmen der Fortschreibung des Medienentwicklungsplanes die durch die Corona-Pandemie entstandenen, veränderten Bedarfe untersuchen und aufnehmen. Weitere Fragen beziehen sich auf Endgeräte für SuS, die über Leihverträge oder durch das Jobcenter zur Verfügung gestellt werden. Das Jobcenter hat mittlerweile 3.000 Anträge mit einem Gesamtvolumen von 1 Mio. € bewilligt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Bildung nimmt den Sachstandsbericht „Digitalisierung an Schulen“ zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

4. Anmeldeergebnisse der weiterführenden Schulen für das Schuljahr 2021/2022

Beigeordneter Dr. Fischer führt in die Thematik ein.

Wortbeiträge erfolgen durch Rh Schiffers, sB Schaeben, BM'in Heinen-Dauber, Herrn Klauth und sB Merkens.

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Schule und Bildung nimmt die Anmeldeergebnisse der weiterführenden Schulen für das Schuljahr 2021/22 zur Kenntnis.
2. Der Ausschuss für Schule und Bildung lässt an der Geschwister-Scholl-Realschule, dem Gymnasium am Geroweiher sowie dem Gymnasium an der Gartenstraße die Aufnahme von jeweils einer zusätzlichen Eingangsklasse über die festgelegte Regelzügigkeit hinaus zu.

Abstimmungsergebnis: Mit Stimmenmehrheit beschlossen

5. Errichtung des Bildungsganges "Fachklasse des dualen Systems der Berufsausbildung Elektroniker*in für Gebäudesystemintegration" am Berufskolleg Platz der Republik für Technik und Medien

Rh Heynckes übernimmt die Sitzungsleitung und lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Bildung beschließt:

Am Berufskolleg Platz der Republik für Technik und Medien wird mit Beginn des Schuljahres 2021/2022 der Bildungsgang „Fachklasse des dualen Systems der Berufsausbildung Elektroniker*in für Gebäudesystemintegration“ gemäß Anlage A 1 APO-BK einzügig in Teilzeitform eingerichtet.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Genehmigung der Bezirksregierung zu erwirken.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss

6. Dauerhafte Erweiterung Realschule Geschwister-Scholl auf drei Züge

BM'in Heinen-Dauber übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

Beigeordneter Dr. Fischer führt in die Vorlage ein: Für das nächste Schuljahr hat die Bezirksregierung die Bildung einer Mehrklasse ohne Auflagen genehmigt. Den dafür noch benötigten Beschluss hat der Ausschuss für Schule und Bildung unter Tagesordnungspunkt 4 dieser Sitzung gefasst.

Bedauerlicherweise hat die Bezirksregierung die durch Ratsbeschluss fixierte dauerhafte Erweiterung des Standortes auf drei Züge nicht genehmigt. Als Voraussetzung für eine Genehmigung besteht sie auf verschiedenen kostenträchtigen Baumaßnahmen. Die Notwendigkeit solcher Maßnahmen wird seitens der Schulverwaltung nicht unbedingt gesehen. In der Konsequenz ist darüber zu entscheiden, ob die Erweiterung weiterverfolgt werden soll. Sollte das nicht der Fall sein, muss der entsprechende Ratsbeschluss aufgehoben werden.

Die Anregungen der Bezirksregierung, die sich auf eine Weiterführung der Schule unter den bisherigen Bedingungen der Zweizügigkeit beziehen, entfalten keine Rechtswirksamkeit. Die Schule ist mit dem aktuell vorhandenen Raumprogramm seitens der Bezirksregierung dauerhaft zweizügig genehmigt. Sollte die Schule den „gebundenen Ganztagsunterricht“ aufgeben wollen, so muss sie selber eine entsprechende Initiative ergreifen und diese auch begründen. Der Schulträger sieht das im Moment nicht.

Rh Schiffers stellt folgenden Antrag:

„Der Schulausschuss bittet die Verwaltung, dem Rat für die Sitzung am 19.5. eine Beratungsvorlage vorzulegen, die den Ratsbeschluss 16.12.2020 aufhebt.

Der Schulausschuss beschließt dem Rat zu empfehlen, der Bezirksregierung mitzuteilen, dass die Stadt beabsichtigt die Schule wie bisher am Standort als zweizügige Realschule mit Ganztagsunterricht fortzuführen.

Im Übrigen wird auf die anstehende Überarbeitung des Schulentwicklungsplanes für die SI verwiesen.“

Rh Spinnen erklärt für die CDU-Fraktion, dass diese dem Antrag nicht zustimmen wird, weil die Dreizügigkeit notwendig sei. Er beantragt, dass die Verwaltung noch einmal mit der Bezirksregierung Düsseldorf über eine dauerhafte Erweiterung der Geschwister-Scholl Realschule auf drei Züge in Verhandlung tritt.

SB'in Behrend ergänzt, dass es nicht auszuschließen sei, dass die Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung die Notwendigkeit einer Dreizügigkeit aufzeige.

Die Ausschussvorsitzende lässt über den weitergehenden Antrag der Ampel-Koalition abstimmen.

Maßgeblicher Beschluss:

Der Schulausschuss bittet die Verwaltung, dem Rat für die Sitzung am 19.5. eine Beratungsvorlage vorzulegen, die den Ratsbeschluss 16.12.2020 aufhebt.

Der Schulausschuss beschließt dem Rat zu empfehlen, der Bezirksregierung

mitzuteilen, dass die Stadt beabsichtigt die Schule wie bisher am Standort als zweizügige Realschule mit Ganzttag fortzuführen. Im Übrigen wird auf die anstehende Überarbeitung des Schulentwicklungsplanes für die SI verwiesen.

Abstimmungsergebnis: Mit Änderung beschlossen

**7. Schulentwicklungsplanung;
hier Fraktionsantrag von SPD, Bündnis90/Die Grünen und FDP vom 23.04.2021**

Rh Schiffers stellt den Antrag vor.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Spinnen empfiehlt Beigeordneter Dr. Fischer den angestrebten Beschluss formal abzuwandeln. Der Ausschuss für Schule und Bildung sollte die Verwaltung beauftragen, die für die gewünschte Beschlussfassung notwendigen vorbereitenden Schritte (Einholung der Stellungnahme der betroffenen Schulen, Genehmigung durch die Bezirksregierung, Darstellung der Finanzwirksamkeit) schnellstmöglich umzusetzen. Das Ziel, die Maßnahmen zum nächsten Anmeldeverfahren für die Sekundarstufe I wirksam werden zu lassen, sei so lange nicht gefährdet, wie ein Ratsbeschluss in der ersten Sitzung nach den Sommerferien sichergestellt werden könne.

Rh Spinnen teilt mit, dass die CDU-Fraktion mit der Umsetzung des Antrages den aktuellen Schulfrieden und die Weiterentwicklung der Schulverbände gefährdet sehe. Er verweist auf die Studie „Potenziale der Durchlässigkeit im Schulsystem“ der Universität Duisburg-Essen in der die Rolle und besondere Bedeutung der Hauptschulen für eine individuelle Förderung aufgezeigt werden.

In einer ausgiebigen Diskussion sprechen sich folgende Schulformsprecher für den Erhalt der Hauptschulen unter dem Aspekt des Kindeswohls und der besseren Förderung in kleineren Klasseneinheiten aus:

Herr Laßeur erklärt, dass die Corona-Pandemie aufgezeigt hätte, dass kleiner Lerngruppen die beste Lernform seien und die Errichtung von großen Schulsystemen dem widerspreche.

Frau Mühlen teilt mit, dass die Schaffung von weiteren Gesamtschulplätzen grundsätzlich zu begrüße sei, aber die Bildung von Dependancen zu großen, anonymen Systemen führe. Sie regt an, die betroffenen Schulen zeitnah im Prozess miteinzubinden.

Herr Müller begrüßt ebenfalls Schaffung weiterer Gesamtschulplätze, bemängelt jedoch die Art und Weise, dass dies zulasten anderer Schulformen erfolgen soll.

Frau Nübel-Can hebt das Kindeswohl als das Wichtigste hervor. Der Elternwille sei nicht in allen Fällen immer passend für die Kinder.

BM'in Heinen-Dauber hebt hervor, dass das Wohl der Kinder vordergründig zu betrachten sei und ein Schulwechsel zur Stärkung der Kinder diene.

SB Weigand stimmt dem zu und ergänzt, dass den SchülerInnen eine Entwicklung/Genese zuzugestehen sei. SchülerInnen scheitern nicht, wenn ein Schulwechsel auf eine „niedere“ Schule erfolge.

SB'in Behrend erklärt, dass der Nachfrage an Gesamtschulplätzen und dem Elternwillen entsprochen wird. Rh Schiffers stimmt dem zu und erläutert, durch die Schaffung weiterer Ge-

samtschulplätze bestehe auch die Perspektive für die Teilnahme an einer Oberstufe. Mehr SchülerInnen können dadurch in einem inklusiven System beschult werden.

Frau Embser lobt die hervorragende Arbeit, die an den Hauptschulen geleistet wird und bedauert die geplanten Maßnahmen.

SB Merkens erklärt, dass er den Antrag ablehne, weil er gegen große Schul-Fabriken sei. Weiter lobt er ebenfalls die gute Arbeit und das soziale Engagement an den Hauptschulen.

An der Diskussion beteiligen sich weiter sB Schaeben, Rf Schmitz, sB'in Dickhöfer und Rf Schuster.

Rh Schiffers beantragt den Beschluss wie nachfolgenden aufgeführt zu ändern. BM'in Heinen-Dauber lässt über den geänderten Beschlussentwurf abstimmen.

Maßgeblicher Beschluss:

~~Der Ausschuss für Schule und Bildung / der Hauptausschuss empfiehlt, der Rat der Stadt Mönchengladbach beschließt:~~

Die Verwaltung wird beauftragt, die formalen Voraussetzungen zur Umsetzung dieses Beschlusses zu fertigen:

1. Die Gemeinschaftshauptschule Kirschhecke wird beginnend mit dem Schuljahr 2022/23 jahrgangswise auslaufend aufgelöst. Der Schulbetrieb ist für die dort unterrichteten Schülerinnen und Schüler fortzuführen und sicherzustellen.
2. Die Kath. Hauptschule Neuwerk wird beginnend mit dem Schuljahr 2022/23 jahrgangswise auslaufend aufgelöst. Der Schulbetrieb ist für die dort unterrichteten Schülerinnen und Schüler fortzuführen und sicherzustellen.

~~Weiter beschließt der Ausschuss für Schule und Bildung:~~

- a. Die Verwaltung wird beauftragt, schnellstmöglich die erforderlichen Stellungnahmen zu den beabsichtigten schulorganisatorischen Maßnahmen unter Punkt 1 des Beschlussentwurfs einzuholen und entsprechende Beschlussvorlagen vorzubereiten.
- b. Die Verwaltung prüft bis zum Schulausschuss am 16.06.21, wie die bereits in der letzten Wahlperiode beschlossene, aber nicht ausfinanzierte zweizügige Erweiterung der Gesamtschule Rheydt Mülfort unter Einbeziehung des Gebäudes der auslaufenden Gem. Hauptschule Kirschhecke dargestellt werden kann. Die Raumsituation des Berufskollegs Rheydt Mülfort ist auch weiterhin in die Betrachtung einzubeziehen. Bei Realisierbarkeit verschiedener Varianten sind diese darzustellen.
- c. Die Verwaltung prüft bis zum Schulausschuss am 16.06.21, wie eine Erweiterung der Zügigkeit der Hans-Jonas-Gesamtschule in den Räumen der Kath. Hauptschule Neuwerk dargestellt werden kann.
- d. Durch die Auswirkungen der skizzierten schulorganisatorischen Vorhaben auf das Schulangebot in der Stadt sollen aktuelle Maßnahmen gleicher Art bis zum Vorliegen der Ergebnisse zunächst ausgesetzt werden. Die Kämmerei wird gebeten, in Zusammenarbeit mit der Schulverwaltung Finanzierungsmöglichkeiten der zu prüfenden Erweiterung von Gesamtschulplätzen aufzuzeigen.
- e. Die Verwaltung legt im April 2022 eine Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung vor.
- f. Die Schulentwicklungsplanung soll dabei

- mögliche Maßnahmen aufzeigen, die dazu dienen, dass dem Elternwillen bei der Schulformwahl weitestmöglich entsprochen werden kann. Dazu sind besonders die primären Anmeldeergebnisse dieses Jahres und die des nächsten Jahres zu betrachten.
- den bestehenden Schulraum weitestmöglich nutzen, aber auch perspektivisch notwendige Ersatz- und Neubauten aufzeigen und entsprechende Flächen in der Stadtentwicklung ausweisen. Die Verwaltung prüft dabei insbesondere, ob das städtische Grundstück am Antoniushügel geeignet ist, dort die notwendige Erweiterung für eine vierzügige Gesamtschule am Standort der Realschule Wickrath zu errichten oder ob das Schulgrundstück Realschule Wickrath geeignet ist, dort die notwendige Erweiterung für eine vierzügige Gesamtschule zu errichten.
- Transparenz über die in der Verwaltung vorhandenen Informationen zu den baulichen Zuständen der Schulgebäude herstellen.

Abstimmungsergebnis: Mit Änderung beschlossen

8. Anfragen und Mitteilungen

Rf Schmitz fragt an, ob es die Möglichkeit gibt, dass Schulhöfe durch Vereine genutzt werden können. Sie bitte um eine schriftliche Beantwortung.

Beigeordneter Dr. Fischer verweist auf die gestrige Sitzung des Ausschusses für Freizeit, Sport und Bäder, in der diese Anfrage bereits gestellt und mit Nein beantwortet wurde. Er sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Ende des öffentlichen Teils